

**Offener Brief an den Anwärter auf den preußischen Königsthron und den deutschen Kaiserthron**  
**Prinz Georg Friedrich von Preußen**

30. November 2020

Betreff: Offener Brief zum Thema "Reaktivierung des Deutschen Reiches"

**Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit!**

**Eure Majestät** haben es mit Gottes Hilfe in der Hand, die über 100jährige Versklavung der Deutschen zu beenden und unser Heimatland Deutschland vor dem drohenden Untergang zu bewahren.

Um die unfassbare Tragödie des Deutschen Reiches von 1871 bis 2020 korrekt und umfassend darzustellen, folgen zunächst Erläuterungen von historischen Fakten und wesentlichen Schlüsselereignissen:

**Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-1918: 47 Jahre Freiheit und Selbstbestimmung**

**Gründung des Deutschen Reiches**

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an.

Der Sieg über Frankreich entfachte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten (4 Königreiche: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg. 6 Großherzogtümer: Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach. 5 Herzogtümer: Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen. 7 Fürstentümer: Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß Ältere Linie, Reuß Jüngere Linie) und 3 Freie Städte (Hamburg, Bremen, Lübeck) vereinigen.

Wilhelm I. verkündete während der Kaiserproklamation in Versailles (1):

>>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu

genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt.

Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat, denn es verfügte über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet: Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.

- Staatsvolk: Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.

- Staatsgewalt: Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

### **Das Dreikaiserjahr**

Kaiser Wilhelm I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Sein Sohn Friedrich, der gründlich auf die Regierungsübernahme vorbereitet war, wurde anschließend Nachfolger des verstorbenen Kaisers Wilhelm I.

Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit starb, übernahm sein 29jähriger Sohn Wilhelm den Kaiserthron des Deutschen Reiches.

Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (2): >>Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein

Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

### **Die verspätete deutsche Nation und die späteren Siegermächte**

Dem deutschen Volk war es leider nicht vergönnt, dauerhaft in Frieden und Freiheit zu leben, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten in jener Zeit keinen weiteren Konkurrenten und waren nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während eines Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft.

Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtete am 11. September 1897 (3): >>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltbarkeit zum Schnapshandel zu bekehren - ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.

Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bössartigkeit und Kriegslüsterheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternden" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten, wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.

### **Inszenierung des Ersten Weltkrieges durch die NWO-Geheimorganisationen des internationalen Kapitals**

Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges tragen würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht die vermeintlich angeborene Bössartigkeit und Kriegslüsterheit der Deutschen oder Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten tatsächlich zur

Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (4): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

### **Menschenverluste des Ersten Weltkrieges**

Der von den NWO-Geheimorganisationen inszenierte Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche).

### **Der unfreiwillige Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II.**

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (5): >>Der Waffenstillstand muß ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen.

...

Die ... Vereinigten Staaten werden nur ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Am 7. November 1918 trat der bayerische König als erster Fürst des Deutschen Reiches widerstandslos zurück.

Am Morgen des 9. Novembers 1918 rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker und Mitglied des Reichstages Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert.

Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland.

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

### **Der völkerrechtliche Status der Weimarer Republik von 1918-1933: 15 Jahre Unfreiheit und eingeschränkte Selbstbestimmung**

#### **Trotz Thronverzicht kein gerechter Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons**

Im holländischen Exil, dankte Kaiser Wilhelm II. schließlich am 28. November 1918 ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918

lautete wie folgt (6): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

Der ehemalige Kaiser hoffte später vergeblich auf eine baldige Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

Kaiser Wilhelm II. verzichtete am 28. November 1918 zwar persönlich auf den Thron des Königreiches Preußen und auf den Kaiserthron des Deutschen Reiches, aber seine Verzichtserklärung beendete völkerrechtlich nicht das Königreich Preußen und das deutsche Kaiserreich. Das Recht auf die Thronfolge änderte sich durch die persönliche Verzichtserklärung des Kaisers ebenfalls nicht!

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten.

Nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie niederträchtig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt.

Winston Churchill erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (7): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. ...

Deutschland ist dem Verhungern nahe. ...

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan"

nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (8): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgrößkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. ...

Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Der Versailler Friedensvertrag

Der französische Marschall Ferdinand Foch schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (9): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die

Zivilisation. ...<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" war die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" sollte offensichtlich keinen Frieden einleiten.

Der SPD-Vorstand rief am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (10): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimatim innerhalb von 5 Tagen die bedingungslose Anerkennung des Vertrages und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

Aufgrund der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".

Vor der Unterzeichnung erklärte der SPD-Politiker Hermann Müller am 28. Juni 1919 (11): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die deutsche Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (12): >>Ich hatte ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war eigentlich ein Racheakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und hinterlistiger Vertrauensbruch. Die meisten Deutschen lehnten die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfafßbare Reparationen zahlen. Die deutschen Vertragsunterzeichner der Weimarer Republik wurden später unentwegt als Volksverräter bzw. "Novemberverschreiber" beschimpft und verunglimpft.

Hitler wäre ohne die von den meisten Deutschen als ungerecht empfundenen "Erniedrigungen und Fesseln von Versailles" mit großer Sicherheit niemals an die Macht gekommen.

Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

US-Senator William E. Borah erklärte während dieser Senatsdebatte (13): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<

Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc. unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.

Durch die rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem "Friedensvertrag" von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

## **Der völkerrechtliche Status des "Dritten Reiches" von 1933-1945: 12 Jahre Unfreiheit und Terror**

### **Hitlers Verbrecherstaat**

Obwohl Hitlers Antisemitismus und Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung seines Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch nordamerikanische Großindustrielle finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (14): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt". ...<<

Mit der gewaltsamen Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten Deutschland nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Der deutsche Philosoph Prof. Dr. Karl Jaspers schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte.

Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa". Für den britischen Ex-Premierminister David Lloyd George war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington".

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien.

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres.

Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (15): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Adolf Hitler (1889-1945), der eigentlich nur eine Marionette der Geheimorganisationen des internationalen Kapitals war, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges

Im Verlauf des von den NWO-Geheimorganisationen inszenierten Zeiten Weltkrieges kamen mindestens 55 Millionen Menschen um, davon waren mindestens 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

## **Der völkerrechtliche Status vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der BRD und der DDR von 1945-1949: 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein**

### **Die Nachkriegszeit**

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

Bei dieser völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden.

### **Die Berliner Deklaration**

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte.

In der Berliner Deklaration der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (16): >>Erklärung ...

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden. ...

Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands. ...<<

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die oberste Gewalt, die nach der Kapitulation im Mai 1945 von den Besatzungsmächten übernommen wurde, richtete sich nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. von 1907.

### **Die völkerrechtswidrige Liquidierung des preußischen Staates**

Am 25. Februar 1947 führte der Alliierte Kontrollrat die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (17): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung.

## **Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik von 1949-1990: 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung**

### **Gründung der Bundesrepublik Deutschland**

Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nord-amerikanische Zone), das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den ersten deutschen Bundeskanzler Adenauer (18): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenssemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA ...<<

### **Gründung der Deutschen Demokratischen Republik**

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei.

### **Fehlende Souveränität der BRD und der DDR**

Beide Staatsfragmente hatten kein unbeschränktes Recht auf Selbstbestimmung und konnten deshalb nur begrenzt über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen des Landes entscheiden. Sie verfügten aufgrund der Berliner Deklaration und des Potsdamer Abkommens nicht eigenständig über alle natürlichen Reichtümer und Existenzmittel des Landes, sondern wurden jahrzehntelang systematisch ausgeraubt.

Beide Staatsfragmente waren völkerrechtlich nie die Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil die west- und mitteldeutschen Besatzungszonen nicht mit dem Deutschen Reich identisch sind!

Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht (19): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels

Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.  
...<<

## **Der völkerrechtliche Status nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands von 1990-2020: 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung**

### **Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik**

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde am 12. September 1990 ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungsstruktur (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 bestätigen eindeutig, daß Deutschland weiterhin ein besetztes, unsouveränes Staatsfragment ist.

Hans Werner Bracht, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht, schrieb später in einem Gutachten über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (20): >>... Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals Verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtswidrig erlangt wurde. ...

Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.

Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.

"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<

### **Fehlende Selbstbestimmung**

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten. Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne, abhängige Staatsgebilde - ehemalige Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges - zusammengeführt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist immer noch besetzt und muß weiterhin die gesamten Besatzungskosten übernehmen.

Artikel 120 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (21): >>Artikel 120

(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (22): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

... Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten

Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. ...

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt? ...

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz (Übereinstimmung) zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

### **Recht auf Selbstbestimmung**

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (23):

>>... Artikel 1

1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten sowie die gegenwärtige Vormundschaft bzw. die Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.

**Eure Majestät** haben es mit Gottes Hilfe in der Hand, den Deutschen endlich ihr Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben.

Um das unwürdige Sklavendasein im derzeitigen Vasallenstaat Bundesrepublik Deutschland endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß eines völkerrechtlich anerkannten Friedensvertrages für den Ersten Weltkrieg, denn der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig.

Der angebliche Friedensvertrag für den Zweiten Weltkrieg, der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, stellt völkerrechtlich ebenfalls keinen Friedensvertrag dar.

Da der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor nicht geklärt ist, kann diese unsägliche Situation nur durch abschließende Friedensverhandlungen zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Sieger-

mächten in Ordnung gebracht werden.

### **Inszenierter Terror und arglistige, verdeckte Kriegsführung gegen das eigene Volk**

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 wurde Deutschland allmählich systematisch destabilisiert. Die von den fremdbestimmten deutschen Politikern angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. Die Schuldenkanzlerin Merkel leitete zum Beispiel folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung).

Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit).

Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012.

Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika).

Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018 (Bevölkerungsaustausch bzw. Umvolkung).

Systematische Durchsetzung von "WHO-Corona-Notverordnungen" (seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. die Verschuldung drastisch erhöht, ungezählte ökonomische Existenzen zerstört sowie wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt).

Die hinterlistige Corona-Politik und die unfassbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen. Tausende von Unternehmen stehen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich z.B. alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Hauseigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm (Durchsetzung einer lumpenproletarischen Volksgemeinschaft).

Nach der planmäßigen Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" wird die von den fremdbestimmten deutschen Politikern angeordnete Energiewende schließlich die vollständige Zerstörung Deutschlands besiegeln. Spätestens ab 2023 wird die heimtückisch eingeleitete Energiewende den deutschen Industriestandort mit Sicherheit unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Spätestens nach Abschaltung der strategisch sehr wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke (KKW Brokdorf, KKW Grohnde und KKW Gundremmingen: Abschaltung am 31. Dezember 2021 sowie KKW Emsland, KKW Neckarwestheim 2 und KKW Isar 2: Abschaltung am 31. Dezember 2022) werden in Deutschland die Lichter ausgehen!

Ab 2023 fehlen in Deutschland rund 22.000 MW Grundlast-Kraftwerksleistung (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW).

Angesichts der wegfallenden Grundlast- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke sowie der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr genügend konventionelle Grund- und Mittellastkraftwerke sowie keine effizienten und leistungsfähigen Großspeicher existieren, sind Netzzusammenbrüche (Blackouts) unvermeidbar.

**Eure Majestät** haben es mit Gottes Hilfe in der Hand, die arglistige, verdeckte Kriegsführung gegen das eigene Volk zu beenden.

Um die völkerrechtliche Souveränität und Befreiung Deutschlands zu realisieren sowie die längst fällige Entfernung der fremdbestimmten Parteiendiktatur zu ermöglichen, ist es unbedingt erforderlich, endlich die gegenwärtig nicht handlungsfähigen Organe des Deutschen

Reiches zu reaktivieren. Angesichts der dramatischen Entwicklungen muß die über 100jährige Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches unverzüglich beendet werden. Um unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, ist die Reaktivierung des Deutschen Kaisertums unbedingt erforderlich, weil gemäß Artikel 11 der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 nur der Kaiser das Deutsche Reich völkerrechtlich vertreten kann.

### **Existenzkampf der Deutschen**

Bei diesem Existenzkampf der Deutschen geht es nicht nur um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Aufgrund der unwürdigen Flucht des deutschen Kaisers und der widerstandslosen Aufgabe aller deutschen Landesfürsten des Deutschen Reiches im November 1918 dürfen sich besonders die Rechtsnachfolger der 25 Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches nicht länger aus der Verantwortung stehlen, sondern sie sollten wenigstens jetzt, nach über 100 Jahren, ihre abstammungsmäßigen Pflichten erfüllen, um den inszenierten Terror und die geheime Kriegsführung gegen das deutsche Volk zu beenden.

**Eure Majestät** haben es mit Gottes Hilfe in der Hand, durch die Reaktivierung des Deutschen Kaisertums unser Heimatland Deutschland vor dem drohenden Untergang zu retten und außerdem die tadelsfreie Ehre und Würde der jahrhundertealten Hohenzollern-Dynastie zu erneuern.

### **Erforderliche Maßnahmen zur Wiedererrichtung und Rettung des Deutschen Reiches**

#### **1. Hilfesuch der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches an die alliierten Siegermächte**

Da die Zeit drängt, müssen die Rechtsnachfolger der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches unverzüglich die erforderlichen völkerrechtlichen Verhandlungen mit den maßgeblichen alliierten Siegermächten einleiten.

#### **2. Vorübergehende Übernahme der Regierungsgewalt durch die alliierten Siegermächte**

Um während der Wiederherstellung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verwaltung zu gewährleisten, sollten die alliierten Siegermächte vorübergehend die "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 reaktivieren.

#### **3. Die alliierten Siegermächte genehmigen die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung**

Um die Wiedererrichtung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches einzuleiten, müssen die alliierten Siegermächte die Rechtsnachfolger der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches autorisieren, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen.

#### **4. Die Verfassunggebende Versammlung erstellt eine reformierte Reichsverfassung für das Deutsche Reich**

Wenn man den derzeitigen Vasallenstatus Deutschlands beenden und endlich wieder zur Einigkeit, Recht und Freiheit zurückkehren will, kann angesichts der mehr als tausendjährigen deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte nur die letzte in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung des Deutschen Reiches von 1871 eine solide Basis bilden.

Um eine reformierte Reichsverfassung für das Deutsche Reich auszuarbeiten, sollten die Rechtsnachfolger der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches eine Verfassunggebende Versammlung beauftragen. Alle Mitglieder von Parteien, die an der Bundesregierung und an Landesregierungen der BRD beteiligt waren, dürfen nicht an der Verfassunggebenden Ver-

sammlung teilnehmen.

Der derzeitige zutiefst undemokratische Zustand der allmächtigen Parteiendiktatur kann nur beendet werden, wenn die direkte bzw. unmittelbare Beteiligung des Volkes (Direktwahl aller Abgeordneten, Einführung von Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild) sowie Wahlreformen (Briefwahlverbot, notariell überwachte Stimmenauszählung etc.) und drastische Parteireformen realisiert werden.

Die Flagge des reaktivierten Deutschen Reiches sollte gemäß der gesamtdeutschen Tradition die Farben schwarz-weiß-rot führen. Die Reichsfarben stammen aus dem preußischen schwarz-weiß und dem hanseatischen weiß-rot.

### **5. Durchführung von Volksabstimmungen**

Die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches und die reformierte Reichsverfassung müssen durch Volksabstimmungen bestätigt werden.

### **6. Wahl der Regierung des Deutschen Reiches**

Nach der Volksabstimmung über die Annahme der reformierten Reichsverfassung ist die Regierung des Deutschen Reiches zu wählen.

### **7. Friedensverhandlungen**

Nach der Reaktivierung des Deutschen Reiches sind zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Siegermächten unverzüglich Friedensverhandlungen aufzunehmen.

### **8. Unterzeichnung der Friedensverträge**

Nach den gemeinsamen Friedensverhandlungen und der Unterzeichnung der Friedensverträge zählt das Deutsche Reich wieder zu den völkerrechtlich souveränen Staaten und das deutsche Volk besitzt nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung endlich wieder sein angestammtes Recht auf Selbstbestimmung.

Alles, was ihr tut, das tut von Herzen als dem Herrn und nicht den Menschen,  
denn ihr wißt, daß ihr von dem Herrn als Lohn das Erbe empfangen werdet. Ihr dient dem  
Herrn Christus!

*Kolosser 3, 23-24*

**Eure Majestät** haben es mit Gottes Hilfe in der Hand, ob der letzte Wunsch Kaiser Wilhelms II. – die Wiederherstellung des Preußischen Königreiches und des Deutschen Kaiserreiches – erfüllt wird, damit das Volk der Deutschen nach über 100 Jahren der Versklavung endlich wieder in Frieden, Einigkeit, Recht und Freiheit leben darf.

Möge Gott **Eurer Majestät** den erforderlichen Mut und die Kraft verleihen, um das deutsche Volk trotz der fast aussichtslosen Lage in eine glückliche Zukunft zu führen.

### **Hoch lebe unser zukünftiger Kaiser Georg Friedrich I.**

Heil dir im Siegerkranz,  
Herrscher des Vaterlands!

Heil, Kaiser, dir!

Fühl in des Thrones Glanz

die hohe Wonne ganz,

Liebling des Volks zu sein!

Heil, Kaiser, dir! ...

*Heinrich Harries (1762-1802, deutscher Pastor)*

**Eurer Majestät** als Sklave geborener treuer Staatsbürger des Königreiches Preußen (Provinz Hannover)

Willy Klages

## Quellen- und Literaturnachweis

- (1) Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978. Seite 124.
- (3) Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3. Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977. Seite 221.
- (4) Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019. Seite 83.
- (5) Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984. Seite 12.
- (7) Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990. Seite 520.
- (8) Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019. Seite 216-217.
- (9) Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984. Seite 12.
- (10) Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992. Seite 48.
- (11) Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992. Seite 371.
- (12) Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996. Seite 199.
- (13) Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992. Seite 372-373.
- (14) Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996. Seite 219.
- (15) Andrae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962. Seite 255.
- (16) Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990. Seite 185.
- (17) Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981. Seite 33.
- (18) Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996. Seite 302.
- (19) Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988. Seite 169.
- (22) Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 24. Werder (Havel) 2019. Seite 8.

## Internet

- (2) [http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/?no\\_cache=1&type=102&tx\\_zefysdigibibo\\_pi1%5Bdruck%5D=1](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/?no_cache=1&type=102&tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1) VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mitteilungen.  
Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. – September 2020
- (6) <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013> – September 2020
- (20) Bracht, Hans Werner: <http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm> - 19.04.2011.
- (21) <https://www.bundestag.de/gg> - Januar 2018
- (23) <http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/> – Juli 2016.